

„Wir sind ein Volk!“ – Sind wir ein Volk? Gesellschaftliche Befunde und zeitgeschichtliche Reflexionen

Im Jahr 1990, die Mauer war gefallen und die deutsche Einheit stand vor der Tür, da machte folgender Witz die Runde: „Triffst ein Ossi einen Wessi und ruft ihm zu: ‚Hey, wir sind ein Volk!‘ ‚Stell dir vor‘, sagt der Wessi, ‚wir auch!‘“ Wie leicht einzusehen ist, beruht die Pointe darauf, dass beide Dialogpartner mittels des Personalpronomens „wir“ auf zwei unterschiedliche Großgruppen verweisen. Während die aus Ostdeutschland stammende Person im arglosen Überschwang ihre bevorstehende Zugehörigkeit zum vereinten Deutschland und damit zu der einen deutschen Nation verkündet, gibt der Gesprächspartner recht unverblümt zu erkennen, dass die westdeutsche Erfolgsgesellschaft lieber unter sich bleiben und die „arme Verwandtschaft“ aus der DDR auch künftig außen vorhalten möchte. Vermutlich lachte man im Westen ungehemmter, wohl auch gehässiger, über den Witz als im Osten der Republik.

Der fiktive Dialog bringt zwei Einstellungen zum Ausdruck, die durchaus mit den Ergebnissen repräsentativer Umfragen jener Zeit in Einklang stehen. Zum einen fühlten sich die Menschen in der untergehenden DDR mehrheitlich als Gesamtdeutsche, eine spezifisch ostdeutsche Kollektividentität lässt sich aus den damaligen Umfrageergebnissen nicht herauslesen.¹ Der Politikwissenschaftler Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, geht davon aus, dass sich eine solche ostdeutsche Kollektividentität erst geraume Zeit nach der Vereinigung im Oktober 1990 herausgebildet habe.² In Westdeutschland hingegen sei die Frage nach der gesamtdeutschen Verbundenheit erkennbar zurückhaltender verhandelt worden, die Vorbehalte gegenüber den „Schwestern und Brüdern“ der vormaligen DDR waren doch recht ausgeprägt.³ Die Reserviertheit verweist auf eine weitere Einstellung, die in dem eingangs geschilderten Witz mitschwingt und die großes gesellschaftspolitisches Spannungspotential birgt. Es ist das Narrativ vom überlegenen, daher selbstgewissen, ja arroganten „Westen“, der auf einen unterlegenen, geringgeschätzten und daher larmoyanten „Osten“ herabblickt. Die stereotypen Protagonisten der Erzählung sind bekanntlich der „Besserwessi“ und der „Jammerossi“. Tatsächlich bestätigen frühe Umfragen aus den Jahren

¹ Ahbe, Ostdeutsche Erinnerung, 2011.

² Hinweis bei Ganzmüller, Ostdeutsche Identitäten, Deutschland Archiv, 24.4.2020 (www.bpb.de/308016; letzter Zugriff: 5.2.2021).

³ Ebda.

1991, wie weit solche klischeebehafteten Eigen- und Fremdzuschreibungen der beiden deutschen Teilgesellschaften verbreitet waren.⁴ Geht man davon aus, dass kollektive Narrative⁵ maßgeblich zur Konstruktion kollektiver Identitäten⁶ beitragen, dürfte die hier aufgezeigte Form von relationaler Deprivation⁷ ein Grund für das alsbald einsetzende und bis heute anhaltende „Fremdeln“ eines beachtlichen Teils der ostdeutschen Bevölkerung mit der Bundesrepublik sein.

Laut einer repräsentativen Umfrage vom September 2020 sehen sich 41 % der Befragten aus den nicht mehr ganz so „neuen Bundesländern“ in erster Linie als Ostdeutsche und 55 % primär als Deutsche. Die Vergleichswerte im Westen der Republik lauten 16 % und 78 %.⁸ Auch wenn der Befund differenziert zu interpretieren ist, beispielsweise mit Blick auf den befragten Personenkreis und auf zulässige Schlussfolgerungen bezüglich der tatsächlichen Existenz einer kollektiven Ost- bzw. West-Identität, drückt er eine signifikante und damit erklärungsbedürftige Divergenz aus. Zudem weisen die entsprechenden Umfrageergebnisse während der vergangenen zwanzig Jahren eine erstaunliche Konstanz auf.⁹ Demnach scheinen sich zwei voneinander abweichende kollektive „Wir-Gefühle“ im Osten und Westen der Bundesrepublik verfestigt zu haben. Dieser Sachverhalt überrascht, weil nach den beiden einflussreichsten sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätzen eine Konvergenz der kollektiven Identitäten Ost- und Westdeutschlands zu erwarten gewesen wäre.

So geht die u. a. prominent von Rainer M. Lepsius vertretene „Sozialisationsthese“ davon aus, dass vier Jahrzehnte Sozialismus die grundlegenden politischen, kulturellen und sozialen Einstellungen bzw. Praktiken einer Gesellschaft formten, und damit auch ihr spezifisches Selbstverständnis, sprich ihre kollektive Identität. Diese identitätsstiftenden Effekte einer generationenübergreifend wirkenden Sozialisation würden allerdings schwinden, je mehr Zeit ins Land gehen und damit die Erinnerungen verblassen bzw. von neuen Erfahrungen überlagert würden. Zudem dürfte eine in demokratischen gesamtdeutschen Verhältnissen herangewachsenen Nachwendegeneration kaum noch von jenen sozialistischen Einflüssen

⁴ Der Spiegel 30 /1991 und 31/1991.

⁵ Kraus, Narrative Psychologie, in: Grubitzsch / Weber (Hrsg.), Psychologische Grundbegriffe, Hamburg 1998.

⁶ Zum Konzept kollektiver Identität Niethammer, Kollektive Identität, 2000, S. 19-20.

⁷ Pollack, Das unzufriedene Volk, 2020, S. 197.

⁸ ARD-DeutschlandTREND, 1.10.2020 (https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2010_Bericht.pdf; letzter Zugriff: 5.2.2021).

⁹ Heitmeyer, Ein Land, in: Die ZEIT, 4.12.2008, S. 13.

geprägt worden sein. Und schließlich habe auch die seit den 1990er Jahren einsetzende Binnenmigration von West nach Ost et vice versa zu einer Durchmischung vormals getrennter west- und ostdeutscher Gesellschaften und damit zu einer Erosion regionalspezifischer Ost-West-Identitäten beigetragen.¹⁰

Der andere Erklärungsansatz, die „Situationsthese“ wie sie u. a. Pickel und Pollack Ende der 1990er Jahre formulierten, nimmt an, dass divergierende west- und ostdeutsche Identitätsmuster auf die jeweiligen sozioökonomischen Lebensumstände zurückzuführen seien. So betrachtet erscheint es stimmig, wenn sich in den „neuen“ Bundesländern nach dem Abklingen der frühen Vereinigungseuphorie, den fast die ganze Bevölkerung erfassenden Abstiegs-erfahrungen bzw. -ängsten und der Verärgerung über vermeintliche Vereinigungsprofiteure aus dem Westen eine kollektive Ostidentität herausgebildet habe. Allerdings hätte die seit ungefähr 2000 einsetzende Angleichung der materiellen wie immateriellen Lebensbedingungen in Ost und West dieser Logik folgend ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl im Sinne einer gesamtdeutschen Identität generieren müssen.¹¹

Offenkundig aber existiert nach wie vor ein – wohlgernekt graduelles – deutsch-deutsches Identitätsschisma, was insbesondere in jüngster Zeit erhebliche gesellschaftliche wie politische Spannungen erzeugt. Zwar kennt das föderale Deutschland seit Langem ausgeprägte Formen regionalen Selbstbewusstseins – das bayerische „mir san mir“-Gefühl ist in dem Zusammenhang schon sprichwörtlich geworden –, aber im hier zu diskutierenden Falle korreliert die ostdeutsche Identität mit einer problematischen Distanz zu Demokratie, Rechts- und Sozialstaat. So sind derzeit knapp die Hälfte der befragten Ostdeutschen mit der Demokratie wenig bis gar nicht zufrieden, wobei die konkreten Kritikpunkte erst mal keine Rolle spielen. Der entsprechende Wert für die westdeutsche Gesellschaft fällt mit 31 % deutlich geringer aus.¹² Das Meinungsbild bezüglich des bundesdeutschen Rechtsstaats präsentiert sich ähnlich düster, was vielleicht noch gravierender für die Stabilität unseres Gemeinwesens einzustufen ist. Denn wenn das öffentliche Vertrauen in eine unabhängige Rechtsprechung erodiert, scheint die Wahrung des inneren Friedens und die Akzeptanz des staatlichen

¹⁰ Lepsius, Ein unbekanntes Land, in: Giesen / Leggewie (Hrsg.): Experiment Vereinigung, 1991, S. 71-76.

¹¹ Pickel / Pollack, Ostdeutsche Identität, APuZ, B41–42 (1998): 9–23.

¹² ARD-DeutschlandTREND, 1.10.2020 (https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2010_Bericht.pdf; letzter Zugriff: 5.2.2021).

Gewaltmonopols essenziell gefährdet. Vor allem die allgemein hohe Wertschätzung für das Karlsruher Bundesverfassungsgericht ist in dem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Ein Blick in die USA lehrt, welche Schwierigkeiten erwachsen können, wenn die obersten Organe der Rechtsprechung auf Bundestaats- bzw. Bundesebene zum Spielball parteipolitischer Interessen werden.

Auch den etablierten Massenmedien, vor allem den öffentlich-rechtlichen Anstalten, bringt die ostdeutsche Gesellschaft laut einer Umfrage im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks ein erkennbar höheres Misstrauen entgegen.¹³ In der überregionalen Presse, aber auch in Funk und Fernsehen spiegelten Themensetzungen und auch Wertungen vor allem westdeutsche Befindlichkeiten wider, wohingegen ostdeutsche Anliegen eindeutig zu kurz kämen. Das sei nicht überraschend, schließlich säßen kaum Journalist*innen mit ostdeutscher Biographie auf den wichtigen Sesseln in den Redaktionsstuben.¹⁴ Das Beispiel der ablehnenden Einstellung zu den etablierten Leitmedien verdeutlicht die Erklärungskraft sowohl der „Sozialisationsthese“ als auch der „Situationsthese“. Erstere betont die negativen Erfahrungen vormaliger DDR-Bürger*innen mit einer staatlich gelenkten Medienöffentlichkeit im Sozialismus, letztere die „Überschichtung“¹⁵ der bundesrepublikanischen Medienhäuser mit westdeutschen Journalist*innen. In den letzten Jahren beförderte die digital strukturierte (Medien-) Öffentlichkeit, in der neben den klassischen Medien auch private Influencer u. a. m. mitwirken, die allgemeine Orientierungslosigkeit und Skepsis.

Auf einer analytischen Metaebene bleibt festzuhalten, dass die Passung zwischen dem institutionellen Überbau westlicher Provenienz – Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, öffentlich-rechtliche Medienlandschaft – und dem sozialmoralischen Unterbau ostdeutscher Machart nicht im erforderlichen Maße gegeben ist. Nach Offe erwachsen aus einer solchen Konstellation „Unverträglichkeitserscheinungen“¹⁶, die ihren Niederschlag in der sozialempirisch gut belegten Distanz der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber dem bundesrepublikanischen Institutionensetting finden.

¹³ Mdr fragt, Zukunft in den neuen Ländern, 1.-5-10-2020 (<https://www.mdr.de/nachrichten/mitmachen/mdrfragt/ergebnisse-was-will-der-osten-100.html>); letzter Zugriff: 5.2.2021).

¹⁴ Bösch, Ostdeutsche Medien, in: Böick / Goschler / Jessen (Hrsg.), Jahrbuch, 2020, S. 333-347.

¹⁵ Mau, Lütten Klein.

¹⁶ Offe, Tunnel, 1992, S. 52.

Zu den Unverträglichkeitserscheinungen zählt ebenfalls das gegenüber dem Westen des Landes divergierende ostdeutsche Wahlverhalten und die daraus abgeleitete Parteienlandschaft. Schon in den 1990er und frühen 2000er Jahren verzeichneten rechte Parteien wie die Deutsche Volksunion (DVU) in Sachsen-Anhalt oder die NPD in Sachsen Wahlerfolge, wie sie im Westen nicht gegeben waren. Auch der Aufstieg der AfD in den östlichen Bundesländern steht in dieser historischen Kontinuitätslinie. Verschärfend kommt hinzu, dass in Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen der völkisch-nationale „Flügel“ um Björn Höcke, Jörg Urban u. a. die Landesverbände dominiert. Eine weitere Abweichung zur Situation in Westdeutschland stellt die relativ starke Präsenz der Partei „Die Linke“ dar, die mit Bodo Ramelow in Thüringen sogar den Ministerpräsidenten stellt. Lange galt sie als regionale Interessenvertretung der vormaligen DDR-Bürger*innen, soweit sie sich dem SED-Regime verbunden fühlten. In Westdeutschland blieben den Sozialisten vergleichbare Erfolge bislang verwehrt. Umgekehrt schafften es Grüne und FDP nur bedingt, ostdeutsche Wähler dauerhaft und in großer Zahl an sich zu binden. Beiden „Bonsaiorganisationen“¹⁷ hängt zu sehr das Image als typische Westpartei an, die vornehmlich privilegierte Kreise vertreten würden.

Mindestens ebenso bemerkenswert wie die spezifisch ostdeutsche Parteienlandschaft ist das Engagement rechter Gruppen im vorpolitischen, vorzugsweise ländlich-strukturschwachen Raum Ostdeutschlands. Hier rächt sich, dass die etablierten Parteien in der Fläche kaum präsent sind. Auch andere zivilgesellschaftliche Akteure wie die Kirchen, Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften spielen im Vergleich zu den westdeutschen Regionen eine eher bescheidene Rolle.¹⁸

Als lehrreich erweisen sich Konfliktsituationen, in denen Interessengemeinschaften mit – zumindest zugeschriebener – ost- bzw. westdeutscher Identität unmittelbar aufeinanderprallen. So geschehen während des bekannten Dresdner Brückenstreits, der von 1995 bis 2013 die städtische Bürgerschaft spaltete. Im Kern ging es um den Bau einer weiteren Straßenquerung über die Elbe an einer landschaftlich reizvollen Stelle unweit des „Waldschlösschens“. Während die Befürworter des Projektes in erster Linie die Vorteile für

¹⁷ Mau, Lütten Klein, 2020, S. 144.

¹⁸ Mau, Lütten Klein, 2020, S. 145.

den innerstädtischen Verkehrsfluss und damit für das wirtschaftliche Entwicklungspotential der Stadt betonten, kritisierten ihre Gegner das stumpfe Festhalten an einem veralteten, autofixierten Verkehrskonzept. Es ignorierte die ökologischen Folgen und den unwiderruflichen Eingriff in eine einzigartige urbane Flusslandschaft, die seit 2004 sogar der Titel „UNESCO-Weltkulturerbestätte“ schmückte. Über die Jahre schaukelte sich der Konflikt hoch, vergiftete die kommunalpolitische Atmosphäre und wurde geradezu hasserfüllt ausgetragen. Auf der einen Seite stilisierten sich die Brückenbefürworter als Vertreter der lokalen und damit ostdeutschen Gesellschaft, als „gelernte DDR-Bürger“, die eine Fremdbestimmung durch hinzugezogene „Wessis“ ablehnten. Auf der anderen Seite schüttelten die vermeintlich weltoffenen Kulturbürger*innen den Kopf über so viel provinzielle Borniertheit. Der Streit um die Dresdner Waldschlößchenbrücke und den Titel einer UNESCO-Weltkulturerbestätte weist alle Merkmale des „political sectarianism“¹⁹ auf, einer verhängnisvollen Tendenz moderner Debattenunkultur. Dabei werden die jeweiligen Gegner als andersartig stigmatisiert und herabgewürdigt (othering), man weiß sich in herzlicher Feindschaft einander verbunden (aversion) und definiert die eigene Position als die moralisch einzig legitime Haltung (moralism). All diese Elemente des „political sectarianism“ finden sich im Dresdner Brückenstreit wieder. Zudem verdichtete sich in ihm der Gegensatz zwischen sogenannten „somewheres“ und „anywheres“,²⁰ wobei in beiden Gruppen eine statistische Korrelation mit west- und ostdeutschen Biographien der Beteiligten verknüpft war. Und schließlich sei angemerkt, dass Brückenbefürworter und -gegner innerhalb Dresdens bestimmten Stadtteilen zuzuordnen waren. Diese hoch komplexe soziale Gemengelage macht den Dresdner Brückenstreit zu einem Lehrstück des innerdeutschen Identitätsschismas im Besonderen, der Bruchlinie moderner Gesellschaften sowie innerstädtischer Segregationserscheinungen im Allgemeinen.

Soweit die sozialempririschen und exemplarischen Befunde für die Existenz voneinander abweichender kollektiver Identitäten in Ost- und Westdeutschland. Eine differenzierte Analyse ihrer Beschaffenheit wäre hochinteressant, ist aber an dieser Stelle nicht zu leisten. Vielmehr sollen im Folgenden zwei Fragen diskutiert werden:

¹⁹ Finkel et al., Political Sectarianism, in: Science 30.10.2020, Vol. 370, Issue 6516, S. 533-536.

²⁰ Goodhart, Road to Somewhere, 2017.

1. Wie erklärt sich die Herausbildung einer profilierten Ost- und weniger profilierten West-Identität?
2. Warum vermögen das gemeinsame kulturelle Erbe bzw. die demographische Entwicklung nach 1990 eine wünschenswerte Konvergenz beider kollektiver Identitäten und damit den gesamtdeutschen gesellschaftlichen Zusammenhalt nur bedingt zu generieren?

Wie erklärt sich die Herausbildung einer ausgeprägten Ost- und weniger profilierten West-Identität?

Vogel und Leser haben überzeugend herausgearbeitet, dass der maßgebliche Impuls für die Herausbildung eines ostdeutschen „Wir-Gefühls“ von der subjektiv empfundenen und auch tatsächlich nachweisbaren Abwertung seitens der westlichen Mehrheits- und Erfolgsgesellschaft ausging.²¹ Diese Deprivation spielte sich auf der sozioökonomischen und der kommunikativen Ebene gleichermaßen ab.

Insbesondere während der 1990er Jahre riss der Dreiklang von Deindustrialisierung, Institutionentransfer und Elitenimport die ostdeutsche Gesellschaft in einen kollektiven Abwärtsstrudel.²² Atemberaubende 80 % der in der vormaligen DDR Erwerbstätigen waren im Laufe der 1990er Jahre mindestens einmal von Arbeitslosigkeit oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen betroffen. Hinzu kamen jene Personen, die für den Rest ihres Berufslebens weite Wege nach Westdeutschland auf sich nahmen, um dort einer Tätigkeit nachzugehen. Die 35- bis 55-jährigen galten als „Pioniere der Prekarität“²³. Der renommierte Soziologe Ulrich Beck erkannte in den neuen Bundesländern die frühen Anzeichen einer „Brasilianisierung des Arbeitsmarktes“²⁴, dessen Hauptkennzeichen unsichere und schlecht entlohnte Beschäftigungsverhältnisse seien. Für eine Alterskohorte, die bis dato in einer Welt zwar wenig effizienter, dafür aber sicherer Arbeitsplätze zu Hause war, stellte diese neue und unerwartete Unsicherheit eine psychisch wie materiell kaum zu

²¹ Vogel / Leser, Ostdeutsche Identität(en), in: Vgl. Polit. Wiss. 14 (2020): S. 177-198.

²² Engler, Die Ostdeutschen, 2000; Kollmorgen, Subalternisierung, 2011; Kubiak, Fall, in: Z. f. Vgl. Polit. Wiss. 12 (2018) 1: S. 25-42.

²³ Buck / Hönke, Pioniere, in: Der „Ossi“ 2013, S. 23-53.

²⁴ Beck, Zukunft, in: Berliner Journal für Soziologie 9 1999 4, S. 467-478.

bewältigende Bürde dar. Die Betroffenen machten als Hauptverantwortliche für die flächendeckende Deindustrialisierung und damit für ihre individuelle Arbeitslosigkeit die „Treuhandanstalt“ verantwortlich, die als öffentlich-rechtliche Organisation die volkseigenen Betriebe der DDR in Privateigentum überführen sollte. Auch hier entschieden „Wessis“ über das Schicksal von „Ossis“; bis heute fungiert die „Treuhand“ als „erinnerungskultureller Zombie“²⁵ der Wiedervereinigung, der sich trefflich in die gesamtgesellschaftliche Logik von westdeutscher Über- und ostdeutscher Unterschichtung einfügt.

Steffen Mau macht das Interpretament einer westlichen Über- und östlichen Unterschichtung unserer bundesdeutschen Gesellschaft in seinen Analysen sehr stark, und ich meine zu Recht. Denn tatsächlich weisen alle Bereiche des Arbeits- und Wirtschaftslebens in den neuen Bundesländern eine Überschichtung durch „Wessis“ und eine Unterschichtung durch „Ossis“ auf – in den alten Bundesländern ohnehin!²⁶ Um nur einige Beispiele zu nennen: Auf dem Immobilienmarkt forderten Alteigentümer aus dem Westen gemäß dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ ihre Grundstücke und Häuser zurück und bekamen in den allermeisten Fällen Recht. In der Folge lebten die langjährigen Bewohner*innen der fraglichen Immobilien in der Ungewissheit einer baldigen Kündigung.²⁷ Zudem griffen westdeutsche Investoren rasch die Filetstücke in den besseren Wohnlagen der Metropolen Dresden, Leipzig oder Potsdam ab. Noch heute treffen Interessent*innen für eine Mietwohnung in gehobener Lage beim Vertragsabschluss meist auf Vermieter*innen mit Wohnort München, Frankfurt oder Stuttgart.

Westdeutsche Über- und ostdeutsche Unterschichtungskonstellationen lassen sich auch auf mikrosozialer Ebene nachweisen. So saßen in den Lehrerzimmern der neuen Bundesländer hinzugezogene Kolleg*innen aus dem Westen als Beamt*innen mit hohem Westgehalt und niedrigem Deputat neben ihren ostdeutschen Kolleg*innen im Angestelltenstatus mit niedrigem Osttarif und hoher Lehrverpflichtung. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Unmittelbarkeit böses Blut schafft und kaum konstruktiv aufzulösen ist. Ähnlich, wenn auch

²⁵ Böick, Treuhand, 2018, S. 15.

²⁶ Mau, S. 166-185.

²⁷ Kleßmann, Deutschland, in: ZHF 6 (2009), S. 85-104, S. 93.

räumlich weniger dicht, gestaltete sich die Situation an den Universitäten. Professoren*innen aus den alten Bundesländern besetzten mehrheitlich die Lehrstühle und brachten meist ihre Assistent*innen mit. Studentische Hilfskräfte, Sekretärinnen und Laborpersonal kamen aus dem Osten – die Reinigungskräfte aus Osteuropa. Nur am Rande angemerkt: Aktuell verfügt mit Gesine Grande eine Rektorin an insgesamt über 150 bundesdeutschen Universität über eine ostdeutsche Biographie.

Die entgegen vollmundiger Ankündigungen sehr zögerliche Ansiedlung von Bundesbehörden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sorgt zurecht für Verärgerung, zumal die gesellschaftlichen wie ökonomischen spread effects solcher Einrichtungen über sichere, eher gut bezahlte Arbeitsplätze auf die Region sehr groß sind. Selbiges gilt für den privatwirtschaftlichen Sektor. Bis heute liegt keine DAX-Unternehmenszentrale in einem der neuen Bundesländer. Der Hallenser Ökonom Ulrich Blum hat die negativen volkswirtschaftlichen Folgen dieses sogenannten „Headquarter Gap“ für die nachholende Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands sehr präzise berechnet.²⁸

Wäre diese gesamtgesellschaftliche und -institutionelle Übersichtung der östlichen Bundesländer durch westliche Akteure ein temporäres Phänomen, das nach ein oder zwei Jahrzehnten verschwunden wäre, könnte man von einer schmerzhaften, aber unvermeidlichen Transformation sprechen. Allerdings hat sich der West-Ost-Gradient verfestigt, was zu den andauernden gesellschaftlichen Spannungen unserer Tage führt.

Neben der quantifizierbaren sozioökonomischen Deprivation darf auch die medial-kommunikative Zurücksetzung des Ostens in seiner negativen Identitätskonstruktion nicht unterschätzt werden. Abwertende Zuschreibungen in der westliche dominierten (Medien-) Öffentlichkeit wie jener Stereotypus vom undankbaren „Jammerossi“ waren dem wechselseitigen Verständnis ebenso abträglich wie die sogenannte „Buschzulage“ für die „Entwicklungshilfe“ im Beitrittsgebiet. Dabei handelte es sich um einen Gehaltszuschlag für Beamte aus den westlichen Bundesländern, wenn sie in den 1990er Jahre in die neuen Bundesländer wechselten. Ungeachtet der Frage, ob die ergriffene Maßnahmen sachlich angemessen war, hallt bei den gewählten Termini ein koloniales Echo und damit eine pejorative Konnotation nach. Sie leisteten zudem der vielfach geäußerten Klage von

²⁸ Blum, Eastern German Growth Trap, in: ZBW Intereconomics 6 (2019), S. 359-368.

Bürgerinnen und Bürger der vormaligen DDR über die vermeintliche „Kolonialisierung“ durch die alte Bundesrepublik Vorschub. Wenig hilfreich erscheint in diesem diskursiv-abwertenden Kontext das ausgerechnet von Altbundespräsident Joachim Gauck, einem gebürtigen Rostocker, 2015 eingebrachte Wort „Dunkeldeutschland“, mit dem er seine verständliche Frustration über die verbreitete, menschenverachtende Xenophobie im Osten Deutschlands zum Ausdruck brachte.

Die generelle kommunikative Herabsetzung verdichtete sich in medialen Diskurshöhepunkten, die bei Lichte betrachtet als Tiefpunkte zu werten sind. Dazu zählt die Debatte um die berühmte „Töpfchenthese“ des renommierten Kriminologen Prof. Dr. Pfeiffer aus Hannover.²⁹ Pfeiffer führte die signifikant höhere Gewaltbereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber Migrant*innen und fremdländisch aussehenden Touristen in Anlehnung an Adornos Überlegungen zum autoritären Charakter auf die restriktiven Erziehungsmethoden in der DDR zurück.³⁰ Konkret benannte er die in den Kinderkrippen übliche Praxis, die Kleinen ohne Rücksicht auf individuelle Dringlichkeiten synchron aufs Töpfchen zu setzen. Es liegt auf der Hand, dass Boulevardzeitungen wie die sächsische Morgenpost Pfeiffers auflagensteigernde „Töpfchenthese“ in unzulässig verkürzter Form verbreiteten und einen gewaltigen Sturm der Entrüstung erzeugten – im Osten der Republik. Denn kaum ein Vorwurf bringt Menschen so in Rage, wie jener, sie würden ihre Kinder falsch erziehen. Der Westen schwieg zu dem Ganzen und stimmte vermutlich insgeheim zu, wobei letzteres schwerlich zu belegen ist.

Ein ähnlich lautstarkes Echo erntete der spätere Grimme-Preisträger Günter Netzer, als er in der „Sport-Bild“ 2002 dem aus Görlitz stammenden Fußballspieler Michael Ballack echte Führungsqualitäten absprach. „Ballack ist in der DDR aufgewachsen“, gab Netzer zu bedenken. „Dort zählte das Kollektiv, das hat den Weg für Genies verstellt.“³¹ Gerade weil „der Günter“ kein Sozialwissenschaftler, sondern ein äußerst populärer Fußballer und TV-Kommentator war, darf seine küchenpsychologische Einsicht als repräsentativ für die Auffassungen weiter

²⁹ Decker, Kerstin: Das Töpfchen und der Haß, in: Der Tagesspiegel, 11.05.1999.

³⁰ Adorno, Erziehung, 1966.

³¹ Der ewige Ossi, in: FAZ 18.09.2003.

Teile der westdeutschen Bevölkerung gelten. Und auch an diesem Beispiel zeigt sich, welche Gefühlsaufwallungen Kritik an Erziehung und Charakterbildung hervorrufen können.

Sowohl Pfeiffer als auch Netzer griffen mit ihren Äußerungen ein Kernmoment west-/ostdeutscher Identitätsdichotomie auf: westdeutscher Individualismus versus ostdeutschen Kollektivismus, westdeutsche Agilität versus ostdeutsche Passivität. Damit schlugen beide eine Brücke zur deutsch-deutschen Vergangenheit. Viele „gelernte DDR-Bürger*innen“ kritisieren, dass vor allem Historiker*innen aus dem Westen ein Narrativ des SED-Regimes etablieren, das sich mit „Versagen und Verbrechen“ überschreiben ließe. Sie finden ihre eigenen biographischen Erfahrungen darin nur in Ansätzen wieder. Die eigene Geschichte, so das Argument, erschöpfe sich eben nicht in Stasi, Mauer, Schießbefehl, Trabi oder Mangelwirtschaft. Letztlich geht es bei der emotional geführten Debatte um die Deutungshoheit über die DDR-Geschichte.

Um es zusammenzufassen: die Konstruktion einer spezifischen kollektiven Identität in den neuen Bundesländern bedurfte

- einer gesamtgesellschaftlichen sozioökonomischen Deprivationserfahrung,
- eines westlich dominierten, als abwertend empfundenen Ost-West-Diskurses sowie
- der Rückgriffoption auf die kollektive Erinnerung an die DDR

Demgegenüber zeigte sich die westdeutsche Mehrheits- und Erfolgsgesellschaft hinsichtlich ihres Selbstverständnisses durch Ostdeutschland kaum herausgefordert. Offensichtlich fühlte sie sich als Maß aller normativen Dinge der Vereinigungsgesellschaft. Substantielle Herausforderungen, die das kollektive Selbstverständnis der westdeutschen Gesellschaft veränderten, ergaben sich vor allem in puncto kulturelle, ethnische Heterogenität, sexuelle Diversität, Genderdebatte und die Streitfrage der Machtbalance von Nationalstaat und supranationaler Europäischer Union. Alle drei Themenkomplexe hatten aber nichts mit der deutschen Einheit bzw. der ostdeutschen Gesellschaft zu tun.

Warum vermögen das gemeinsame kulturelle Erbe bzw. die demographische Entwicklung nach 1990 eine wünschenswerte Konvergenz beider kollektiver Identitäten und damit den gesamtdeutschen gesellschaftlichen Zusammenhalt nur bedingt zu generieren?

Nach den bisherigen Ausführungen stellt sich die Frage, weshalb noch nach dreißig Jahren deutscher Einheit Mentalitäts- und Einstellungsunterschiede zwischen West und Ost messbar und einigermaßen stabil bleiben. Weder die „Sozialisationsthese“ noch die „Situationsthese“ bieten hierfür eine plausible Erklärung. Insbesondere gilt es zu klären, warum weder verbindende Momente eines gemeinsamen kulturellen Erbes noch demographische Entwicklungen, die auf eine Verwischung von Ost-West-Populationsgrenzen hinwirken, deutlichere Effekte in den Umfragen nach sich ziehen.

Zur Frage des gemeinsamen kulturellen Erbes: Kultur im engeren Sinne, die schönen Künste, die vermeintliche „Hochkultur“ zählt sicher zu den verbindenden Errungenschaften unserer Gesellschaft. Auf dieser Einsicht basiert das Konzept der „Kulturnation“. Zweifellos haben sich bundesdeutsche wie DDR-Gesellschaft zu allen Zeiten auf die „Weimarer Klassik“ um Goethe und Schiller besonnen. Renommierete Musikstätten wie die Dresdner Semperoper oder das Gewandhaus in Leipzig galten und gelten als gesamtdeutsche Erinnerungsorte, ebenso die weltberühmten Knabenchöre, der Leipziger Thomanerchor und der Dresdner Kreuzchor. Aber auch die moderne Klassik, erinnert sei an das Bauhaus in Dessau oder das Theater am Schiffbauerdamm in Ost-Berlin mit seiner grandiosen Bert Brecht / Helene Weigel -Tradition, tragen zu einer gesamtdeutschen Identitätskonstruktion bei. Die Nutznießer – neudeutsch: User – dieser Kulturangebote dürften aber vornehmlich im gehobenen Bürgertum zu suchen und zu finden sein, welches seinem Selbstverständnis nach eher weniger der antagonistischen West-Ost-Logik verhaftet ist als sozial schwächere Schichten.

Zudem darf ein idealisierender Blick auf diese gesamtdeutsche (hoch-)kulturelle Klammer nicht über ein sehr wohl separiertes deutsch-deutsches Kulturleben in der Zeit von 1945/49 bis 1989/90 hinwegtäuschen. So wurde der Literatenkreis Gruppe 47 jenseits des „Eisernen Vorhangs“ kaum rezipiert. Umgekehrt fand die sogenannte Staatsauftragskunst aus dem Pinseln von Werner Tübke, Willis Sitte und Bernhard Heisig im Westen wenig Anklang, ja galt sogar als verfemt. Der Malerfürst Georg Baselitz etwa sprach ihnen jegliche künstlerische Legitimation ab. Kunstausstellungen nach 1990 dokumentierten oft genug die Zurücksetzung ostdeutscher Akteure. Schmerzlich vermisste man beispielsweise Bilder und Plastiken ostdeutscher Provenienz in der 2009 eröffneten Exhibition „60 Jahre – 60 Werke. Kunst aus der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2009“. Zumindest für die letzten zwanzig Jahre des

annoncierten Zeitraumes hätte man entsprechende Werke erwarten dürfen. Legendär ist mittlerweile auch der „Dresdner Bilderstreit“. Hierbei ging es um ein Ausstellungskonzept, für das die aus Kassel stammende Direktorin des Albertinums, Hilke Wagner, verantwortlich zeichnete. Das Konzept verbannte zahlreiche Bilder von DDR-Künstler*innen ins Depot, was heftigen öffentlichen Protest hervorrief. Die von diesem Akt ausgehende Symbolwirkung erklärt sich von selbst und fügt sich in ein kollektives ostdeutsches Erfahrungsmosaik seit 1990 ein. „Dieser Bilderstreit“, merkte denn auch der renommierte Kultursoziologe Karl-Siegbert Rehberg von der TU Dresden an, „ist ein Stellvertreter-Diskurs für die deutsche Vereinigung“.³² Tatsächlich wäre ein derartiger Vorgang mit Rollentausch in Stuttgart, München oder Frankfurt kaum vorstellbar. Letztlich spiegeln sich kulturpolitische Kränkungen dieser Art in Kontroversen über die Deutungshoheit der jüngeren Geschichte, aber auch um die vermeintliche Political Correctness, wider, die zuletzt Schriftsteller*innen wie Uwe Tellkamp und Monika Maron losgetreten haben und die in der Loschwitzer Buchhandlung unter Leitung von Susanne Dagen ausgetragen werden.³³

Die aufgezeigte Ambivalenz von Kultur als gesellschaftliches Bindeglied und Trennelement zugleich offenbart sich an der alltagskulturellen Errungenschaft schlechthin: unserer Sprache. Während Martin Luthers Bibelübersetzung, Johann Wolfgang von Goethes Faust oder Thomas Manns Zauberberg heute bundesweit wertgeschätzt werden, gilt dies für die gesprochene Sprache keineswegs. Im Ranking der Dialekte liegt das Sächsische weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Sein Klang ruft in vielen Köpfen westlich der Elbe vermutlich Assoziationen wie dumpf, ordinär und/oder rechtsradikal hervor. Wenn man um die Korrelation von normativem und ästhetischem Urteil weiß, wenn man sich erinnert, dass vor nicht einmal einem halben Jahrhundert dem Bayerischen die Rolle des Sächsischen unserer Tage zugewiesen war, kann man ein solches Dialektranking auch als kultursoziologische Sonde nutzen. Aber auch weniger normative Aspekte der Alltagssprache belegen die Herabsetzung der ostdeutschen Sprachpraxis. So wanderte nur eine geringe Zahl typischer DDR-Begriffe – geschätzt werden

³² Locke, High Noon in Dresden, in: FAZ 16.11.2017.

³³ Maria Timtschenko: Susanne Dagen – Wut im Buch. In: *Zeit Online*, 23. März 2017 (<https://www.zeit.de/2017/13/susanne-dagen-dresden-pegida-buchhaendlerin-buergertum>; letzter Zugriff: 5.2.2021).

15 bis 20, darunter das unvermeidliche „Fakt“ – in den gesamtdeutschen Sprachgebrauch; umgekehrt sickerten 2000 bis 3000 Wörter von West nach Ost.³⁴

Ebenso wie bei der Sprachpraxis liegen auch bei der Religion liegen die Unterschiede auf der Hand. Die Säkularisierung erfasst bekanntlich alle modernen Gesellschaften. Allerdings war die sozialistische DDR auf dem Säkularisierungspfad allen anderen Gesellschaften weit vorausgeeilt. Heute gehören nur noch 20 % der ostdeutschen Bevölkerung einer Kirche an. Konkret schlägt sich das im Schulunterricht nieder, wo das Fach Ethik die Religionslehre marginalisiert hat. Im Westen sind die Verhältnisse genau umgekehrt. Wo in den alten Bundesländern Kommunion und Konfirmation gefeiert werden, begehen die Ostdeutschen Familien die Jugendweihe. Bedenkt man, dass religiöser Überzeugung und kirchlicher Bindung neben der Glaubensdimension auch eine soziale Distinktionsfunktion eigen ist, erkennt man die differenzierende Qualität religiöser Praktiken.

Bleibt nach diesen schlaglichtartigen Befunden zur einigenden, aber auch spaltenden Kraft von Hoch- und Alltagskultur die Frage, ob wenigstens der unaufhaltsame demographische Fluss zu einer Konvergenz west- und ostdeutscher Kollektividentitäten führen wird. Aufgrund des Heranwachsens einer neuen Generation nach der deutsch-deutschen Teilung und einer anhaltenden Binnenmigration müsste man davon ausgehen, dass die Regionalidentitäten schwinden.

Grundsätzlich vollzogen die Bundesrepublik und die DDR über etliche Jahrzehnte den demographischen Gleichschritt. Ab Mitte der 1960er Jahre sank die Geburtenrate sank westlich und östlicher der Elbe, verkürzt als „Pillenknicke“ etikettiert, und lag seit Mitte der 1970er Jahre unter der Sterberate. In der DDR verzögerte sich die Entwicklung aufgrund des sogenannten „Honecker-Buckels“, der einen kurzfristigen Geburtenanstieg aufgrund verbesserter staatlicher Sozialleistungen bezeichnet. Die westdeutsche Gesellschaft vermochte aufgrund von Zuwanderungen aus dem Mittelmeerraum und der Sowjetunion eine Verjüngungskur zu absolvieren und wurde insgesamt kulturell heterogener.

Nach 1990 aber gerieten beide nunmehr vereinten deutsche Teilstaaten aus dem demographischen Gleichschritt. Die ostdeutschen Länder verzeichneten einen dramatischen,

³⁴ Müller-Toovery, Einheitsdeutsch?, in: Sabrow (Hrsg.), Experiment Einheit, 2015, S. 151-161.

in Friedenszeiten nie dagewesenen Geburtenrückgang um bis zu 50 %. Zugleich wanderten zwischen 1991 und 2013 über 1,8 Mio. Personen in den Westen. Da im Gegenzug ??? Mio. Menschen aus der alten Bundesrepublik nach Osten übersiedelten, verbleibt für das Gebiet der ehemaligen DDR eine wanderungsbedingter Negativsaldo von 1,2 Mio. Menschen für den Zeitraum von 1990 bis 2017. Das alleine stellt einen beachtlichen, wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich schwer zu bewältigenden Aderlass dar. Hinzu kommt nun, dass die Zuwanderung nach Osten fast ausschließlich in die Zentren Leipzig, Dresden, Jena, Erfurt oder auch Potsdam erfolgte. Die ländlichen Gebiete in Brandenburg oder Mecklenburg profitierten so gut wie gar nicht davon. Da aber flächendeckend rund ein Viertel der 18- bis 30-Jährigen abwanderten, die überdies eher gut qualifiziert waren, bedeutet das für die strukturschwachen Gegenden, dass ältere und eher schlecht ausgebildete Menschen kaum erfreuliche Perspektiven hatten. Übrigens gehören auch jüngere Frauen zu der Gruppe, die überdurchschnittlich oft den Weg nach Westen antraten.

In der Folge zeichnete sich ein Rückbau sozialer Infrastruktur ab, eine Abwärtsspirale setzte ein, an deren vorläufigen Ende die Verödung ländlicher Räume steht. Neuere Studien belegen, dass es zwischen diesem sozialgeographischen Trend und den Wahlerfolgen namentlich der AfD aber auch anderer rechtsradikaler Parteien ein kausaler Zusammenhang besteht.³⁵

Fazit:

Bis heute lassen sich graduelle Divergenzen zwischen ost- und westdeutscher Gesellschaft hinsichtlich kollektiver Identitäten, politischer Einstellungen, mentaler Prägungen und kultureller Praktiken nachweisen. Hierzu tragen unterschiedliche Sozialisationserfahrungen aus der Zeit vor 1990 bei, vor allem aber die sozioökonomische Deprivation nach der Deutschen Einheit.

Die Überlegung, dass aufgrund der demographischen Veränderungen der Ost-West-Unterschied geringer werde, lässt sich nur teilweise bestätigen. Auf der einen Seite sorgen Binnenmigration und sukzessiver Generationswechsel für eine Verwischung tradierter Gruppengrenzen. Auf der anderen Seite sorgt die Abwanderung von mehrheitlich jungen,

³⁵ Schneider, Deindustrialisierung und Wahlverhalten, in: Wirtschaftsdienst 10/2020, S. 787-792.

weiblichen und gebildeten Menschen dafür, dass sich im ländlichen Osten Deutschlands eine Gesellschaft herausbildet, die um den Anschluss an eine gebildete, urbane und weltoffene Gesellschaft ringt.

Auch die Erwartung, das gemeinsame kulturelle Erbe könnte als Klammer ein Zusammenwachsen der gesamtdeutschen Gesellschaft befördern, erwies sich als zu eindimensional gedacht. Denn auch kulturelle Praktiken weisen die Janusköpfigkeit von Verbundenheit und Ausgrenzung auf.

Demokratie bleibt eine Dauerbaustelle, um eine lebendige demokratische Kultur muss sich die Gesellschaft zu allen Zeiten aktiv bemühen. Denn erst alltäglicher Austausch, Streit und Konsens erfüllt die politischen Strukturen mit jener Kraft, die das gesamte System stabilisieren. Derzeit durchlaufen wohl sämtliche Demokratien westlichen Zuschnitts eine Phase der Polarisierung und möglicherweise der Instabilität. Das besondere Päckchen, das die Bundesrepublik in dieser Phase zu tragen hat, besteht in dem nach wie vor existierenden West-Ost-Gradienten. Dies zu wissen, scheint mir ein wichtiger Schritt – wie damit umgehen, ist Aufgabe künftiger Debatten.